

newsletter

Fatal Transactions - Eine europäische Kampagne zur Rohstoffgerechtigkeit

Handelsverbot für Diamanten aus Simbabwe?

Konfliktdiamanten – eine Zeit lang war es ruhig geworden um dieses Thema. Die blutigen und Diamanten finanzierten Bürgerkriege in Ländern wie Sierra Leone und Angola sind beendet und ein Zertifizierungsmechanismus für Rohdiamanten wurde eingeführt. Im Kimberley Prozess (KP) arbeiten Diamantenindustrie, Regierungen und Zivilgesellschaft zusammen um sicherzustellen, dass keine Diamanten aus illegaler Produktion auf den Weltmarkt gelangen. Nun hat eine Kontrollmission des KP empfohlen, dass Simbabwe aufgrund von schweren Menschenrechtsverletzungen in einem Diamantenfeld für sechs Monate vom KP suspendiert wird. Damit unterlägen alle simbabwischen Diamanten einer Art Handelsverbot.

Seit Oktober 2008 wird im Marange Distrikt das Diamantenfeld von der simbabwischen Armee kontrolliert. Bei seiner gewaltsamen Übernahme wurden der Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* zufolge über 200 Menschen getötet. Seither herrscht die Armee dort mit Terror, zwingt Anwohner in Gruppen für sie zu arbeiten, hetzt Hunde auf sie, begeht Morde und Vergewaltigungen. Die lokale Menschenrechtsorganisation *Centre for Research and Development* spricht mit den Opfern und dokumentiert die Fälle von Gewaltverbrechen, auf die sie auch in Leichenschauhäusern stoßen.

Auch *Human Rights Watch* berichtet in seinem letzten Report über die Situation vor Ort (HRW, 2009. *Diamonds in the Rough. Human Rights Abuses in the Marange Diamond Fields of Zimbabwe*). Der Bericht enthüllt, wie hochrangige Militärs und Parteifunktionäre aus Mugabes ZANU-PF vom Handel und Schmuggel mit den wertvollen Steinen profitieren. Um sich die Loyalität der Armee zu sichern, wurde es auch einfachen Soldateneinheiten erlaubt, sich auf den Diamantenfeldern zu bereichern. Denn angesichts von Inflation und Wirtschaftskrise stellen Diamanten in Simbabwe einen soliden Wert dar.

Obwohl die Kimberley Kontrollmission der simbabwischen Regierung empfohlen hat, die Menschenrechtsverletzungen aufzuarbeiten und die Diamantenmine

Gerechtigkeit beim Abbau von Rohstoffen

Im Vorfeld der Bundestagswahlen setzten sich BICC, Brot für die Welt, FIAN, Misereor, urgewald und die AG Tschad in einer Pressemitteilung kritisch mit der Rohstoffstrategie der Bundesregierung auseinander und forderten Rohstoffgerechtigkeit und mehr Verantwortung in der Außenwirtschaftsförderung:

- **klare menschenrechtliche Standards für alle staatlichen Außenwirtschaftsförderungsinstrumente** (Absatz- und Kooperationsförderung, Hermes-Kredite etc.), die einem standardisierten, nachvollziehbaren Prüfverfahren unterliegen;
- **stärkere parlamentarische Kontrolle für die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung** – Unternehmen dürfen nur dann staatlich gefördert werden, wenn sie sich zur Einhaltung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen verpflichten;
- **menschenrechtliche Risikoanalysen** vor der Vergabe einer Exportkredit- bzw. Investitionsgarantie oder eines ungebundenen Finanzkredites. Die Bundesregierung sollte die Unternehmen bei der Entwicklung geeigneter Verfahren unterstützen und sich auch im OECD-Rahmen dafür einsetzen;
- **die Einrichtung eines Beschwerdemechanismus** durch die Bundesregierung für Personen, deren Rechte im Zuge eines außenwirtschaftlichen Projekts verletzt wurden.
- **Transparenz und Offenlegungspflichten** für die deutsche Wirtschaft, wie sie die Initiativen "Publish What You Pay" (PWYP) und die "**Extractive Industries Transparency Initiative**" (EITI) vorsehen, müssen Bestandteil der deutschen Rohstoffpolitik werden. Der Zugang zu Information über Aktivitäten der internationalen Finanzinstitutionen muss verbessert werden.
- **Darüber hinaus soll die Bundesregierung** den UN-Sicherheitsrat auffordern, Kriterien für die Definition von Rohstoffen zu erstellen, mit denen gewaltsame Konflikte finanziert werden („Konfliktrohstoffe“), um deren Handel zu unterbinden und, wenn nötig, gezielte Sanktionen ermöglichen.

Direktor: Peter J. Croll

Redaktion: Susanne Heinke

Autoren: Ulrike Bickel, Lena Guesnet, Susanne Heinke,
Marie Müller, Wolf-Christian Poes (Projektleitung)

Fotos: BICC, Jörg Siebert (Misereor)

Layout: Katharina Moraht

zu demilitarisieren, hat sich die Situation vor Ort nicht verbessert. Im Gegenteil – das Militär hat Abbau und Schmuggel von Diamanten weiter intensiviert. Menschenrechtsverletzungen sind nach wie vor an der Tagesordnung.

Forderungen von NGOs

Farai Maguwu, Exekutivdirektor des *Centre for Research and Development* stellt vor diesem Hintergrund drei Forderungen auf:

- Demilitarisierung des Diamantenfelds in Marange.
- Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen.
- Suspendierung Simbabwe vom KP, bis sich die Situation verbessert hat.

Auch Alfred Brownell, Direktor von *Green Advocates* in Liberia und Vertreter der Zivilgesellschaft beim KP, sieht in der Suspendierung die logische Folge aus den Zuständen in Simbabwe. Wenn ein Land sich nicht an die Regeln des KP hält, müsse es die Konsequenzen tragen. Nur so kann der KP seine Glaubwürdigkeit bewahren, tatsächlich einen „sauberen“ Diamantenmarkt zu garantieren. Und nur so kann der nötige Druck auf Simbabwe ausgeübt werden, die Minimalstandards des KP wieder zu respektieren, Menschenrechtsverletzungen zu beenden, Schmuggel zu unterbinden und den gesamten Diamantensektor wieder zu regulieren.

Fatal Transactions und andere NGOs fordern bereits seit Dezember 2008, dass Simbabwe wegen der schweren Menschenrechtsverletzungen in den Marange Diamantenfeldern aus dem KP ausgeschlossen werden müsse. Durch die Empfehlung der KP-Kontrollmission erhält diese Forderung neues Gewicht. Nun kommt es auf die Entscheidung der Plenarversammlung des KP im November an. Um auch politische Entscheidungsträger in Europa über die anstehende Entscheidung zu informieren, organisierte das BICC zusammen mit *Fatal Transactions*, *Zimbabwe Europe Network* und *Human Rights Watch* eine Reihe von Gesprächen. Bei einer Podiumsdiskussion in Berlin hatten Farai Maguwu, Alfred Brownell und Dewa Mavhinga, Forscher in der Afrika-Abteilung von *Human Rights Watch* und Mitautor der aktuellen Studie „Diamonds in the Rough“ die Gelegenheit, ihr Anliegen einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen.

Lena Guesnet



Treffen des Interministeriellen Ausschusses Rohstoffe

Am 29. September 2009 nahmen auf Einladung des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) Ulrike Bickel, Misereor, Birte Gäth, Brot für die Welt, und Regine Richter, Urgewald, vom NGO-Rohstoffbündnis an einer Sitzung des Interministeriellen Ausschusses Rohstoffe teil. Dieser Regierungsausschuss auf Arbeitsebene tagt vierteljährlich unter Beteiligung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), um günstige Rahmenbedingungen für die Sicherung der deutschen Rohstoffversorgung abzustimmen.

Nach einer Präsentation zu den menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Problemen der Rohstoffförderung in Entwicklungsländern spezifizierten die NGOs die Verantwortlichkeiten der verschiedenen Akteure aus zivilgesellschaftlicher Perspektive: Regierungen im Süden, Bundesregierung, multilaterale Organisationen sowie Unternehmen.

Die folgende Diskussion drehte sich um Möglichkeiten, wie mehr Transparenz, Umwelt- und Sozialstandards bei deutschen Auslandsinvestitionen im Extraktiven Sektor verbindlich verankert werden können. Die Bundesregierung, die BGR und der BDI stellten dar, dass mit der *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) und einem Pilotvorhaben zur Zertifizierung von Coltan aus Ruanda bereits vieles getan werde. Während für das BMWi daraus kein weiterer akuter Handlungsbedarf folgte, unterstrich das BMZ (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) die Notwendigkeit EITI weiterzuentwickeln.

Die *Fatal Transactions* Kampagne wird von der Europäischen Gemeinschaft finanziert. Die in diesem Newsletter zum Ausdruck gebrachten Meinungen sind ausschließlich die von *Fatal Transactions* und sind in keiner Weise als offizielle Stellungnahmen der Europäischen Gemeinschaft zu verstehen.



Unterschiedliche Auffassungen bestanden in der Frage, wie eine Handelsliberalisierung und Exportsteuersenkungen mit der Notwendigkeit von Entwicklungsländern zu verbinden sei, Einnahmen für eine sozial gerechte Entwicklung zu generieren. Die NGOs werden die Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialkriterien und die Respektierung der Menschenrechte der lokalen Bevölkerung bei deutschen Auslandsinvestitionen im Bergbausektor sowie bei unterstützender Außenwirtschaftsförderung im konkreten Einzelfall weiter aufmerksam im Blick behalten.

Internationale Konferenz "Geological resources and good governance in Central Africa"

Vertreter von BICC und *Fatal Transactions* haben vom 24. bis 25. September 2009 in Yaoundé, Kamerun, an einer internationalen Konferenz zu den Möglichkeiten einer entwicklungsfördernden Nutzung der geologischen Ressourcen in Zentralafrika teilgenommen. Die Veranstaltung war von der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Kooperation mit der zentralafrikanischen Regionalorganisation CEMAC (*Communauté économique et monétaire de l'Afrique Centrale*) organisiert worden. Konferenzthemen waren Transparenz in der Verwaltung des extraktiven Sektors, das Verhältnis internationaler Bergbauunternehmen zur lokalen Bevölkerung und Herausforderungen im artisanalen, handwerklichen Bergbau in Afrika.

Weitere Informationen bei Marie Müller, mueller@bicc.de

Workshop zum Uranabbau

Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft aus Niger, Tschad, Kamerun und der Zentralafrikanischen Republik kamen vom 14. bis 18. September 2009 in Bakara, Tschad zusammen, um sich über die Auswirkungen des Uranabbaus in ihren Ländern auszutauschen sowie Forderungen und Aktivitäten zu entwickeln.

Eingeladen hatten Eirene International und die tschadische Menschenrechtsliga LTDH mit Unterstützung von Cordaid, Misereor und Brot für die Welt.

Weitere Informationen bei Claudia Frank, Koordinatorin AG-Tschad, frank@ag-tschad.org

Runder Tisch zu Wirtschaft und Menschenrechten

Niza, Cordaid, *Fatal Transactions* und MVO Plattform veranstalten am 9. November 2009 in Den Haag einen Runden Tisch zu Wirtschaft und Menschenrechten in den Niederlanden und der gesamten EU. Hauptredner wird Gerald Pachoud sein, Berater von John Ruggie, Special Representative des UN-Generalsekretärs.

Weitere Informationen bei Lena Guesnet, guesnet@bicc.de und Bas Bijlsma, bas.bijlsma@niza.nl



Neues Forschungsnetzwerk CoCooN

Das Generaldirektorat für Entwicklungszusammenarbeit des niederländischen Außenministeriums hat zusammen mit der niederländischen Organisation für wissenschaftliche Forschung (*Netherlands Organisation for Scientific Research, NWO*) ein neues internationales Programm aufgelegt. Sein Titel lautet *Conflict and Cooperation over Natural Resources in Developing Countries* – abgekürzt **CoCooN**.

Unter der CoCooN-Projektlinie können sich internationale Konsortia aus Forschungsinstituten und zivilgesellschaftlichen Organisationen um Mittel bewerben, die die Recherche, den Wissensaustausch und die Innovation fördern sollen. Das BICC begrüßt dieses Programm und plant zwei Projekte bei CoCooN zu beantragen.

So soll im Sudan eine spezielle Kartierung von Rohstoffkonflikten erfolgen. In Zusammenarbeit mit der University of Juba, einer lokalen NGO sowie IPIS (*International Peace Information Service*) soll die von IPIS entwickelte Methode der Kartierung auf Regionen im Südsudan angewandt werden. Diese Karten weisen Rohstoffvorkommen wie mineralische Rohstoffe, Holz und Wasser aber auch Weideland auf. Sie zeigen gewalttätige Auseinandersetzungen aber auch Mediationsbemühungen.

Die regionalen Konflikte im Süden des Sudan entstehen zum einen im Zusammenhang mit nomadisierenden Viehzüchtern und ihrem Zugang zu Land und Wasser. Zum anderen drehen sie sich um den Abbau von Erdöl und die Konsequenzen dieser Aktivitäten auf die lokale Bevölkerung und deren Möglichkeiten, Land und Wasser zu nutzen.

Durch die in Karten zusammengefassten Informationen sollen u.a. internationale Organisationen über Konfliktpotenziale aufgeklärt und auch über Möglichkeiten der Prävention informiert werden.

In Kolumbien wiederum sollen *best and worst practices* im Umfeld von Bergbauunternehmungen oder auch landwirtschaftlichen Großprojekten untersucht werden. Dadurch sollen lokale Organisationen und die betroffene Bevölkerung befähigt werden, von Erfahrungen zu lernen und mit Rohstoffprojekten in ihrer Umgebung besser umzugehen. Dieses Projekt soll von BICC, *Universidad de los Andes*, FIAN sowie einer noch zu findenden lokalen NGO getragen werden.

Weitere Informationen können unter http://www.nwo.nl/nwohome.nsf/pages/NWOA_78VD3R_Eng abgerufen werden.

Lena Guesnet

Internationale Konferenz und Winterschool in Wroclaw

Unter dem Titel "China's quest for African resources: the new scramble or strategic partnership?" organisiert das Institut für internationale Studien der Universität zu Wroclaw, Polen, zusammen mit *Fatal Transactions* vom 14. bis 15. Dezember 2009 eine internationale Konferenz an der Universität zu Wroclaw.

Vom 14. bis 19. Dezember findet außerdem eine *Winterschool* für Studierende aus Zentral- und Osteuropa zum Thema „China in Africa: challenges and opportunities“ statt.

Beide Veranstaltungen werden sich mit den Schwierigkeiten und Chancen des chinesischen Engagements im afrikanischen Rohstoffsektor beschäftigen.

Weitere Informationen bei Lena Guesnet, guesnet@bicc.de und <http://www.ism.uni.wroc.pl> oder www.fataltransactions.org.

Fatal Transactions gratuliert

Der Biologe und Menschenrechtler René Ngongo hat den „Alternativen Nobelpreis“ 2009 erhalten. 1996 gründete er die Organisation *Concertee des Ecologistes und Amis de la Nature* (OCEAN), eine langjährige Partnerorganisation von NIZA. Ngongo dokumentierte den Raubbau an Ressourcen während des Bürgerkrieges in der DRK und kämpft gegen die illegale Ausbeutung von Rohstoffen durch multinationale Forst- und Minenkonzerne. OCEAN setzt sich für Transparenz bei den gegenwärtigen Waldreformen ein.



Lena Guesnet, BICC, und Claudia Frank, Koordinatorin der AG Tschad, bereisten gemeinsam den Tschad, um sich über Probleme des Erdölabbaus zu informieren. Die Ergebnisse ihrer Studien werden in Kürze als BICC *brief 41* erscheinen.

Weitere Informationen: www.erdoel-tschad.de

Consuming Landscapes: Conflict, appropriation and extractive resources

Am 16. September 2009 referierte am BICC Dr. Daniel Franks zu Problemen beim Abbau extraktiver Ressourcen in West Papua.

Franks Vortrag mit dem Titel "Consuming Landscapes: Conflict, appropriation and extractive resources" behandelte das Beispiel der Grasberg Kupfermine in West Papua, dem von Indonesien annektierten Teil von Papua-Neuguinea. Die Mine wird vom US-Bergbauunternehmen Freeport-McMoRan betrieben. Franks, der Research Fellow am *Centre for Social Responsibility in Mining* des *Sustainable Minerals Institute* an der University of Queensland, Australien, ist, stellte seine Thesen zu "landscape domination", "landscape detachment" und "landscape consumption" vor.

Internationale Bergbauunternehmen eignen sich weltweit in Kooperation mit politischen Eliten vor Ort Bergbaukonzessionen an, ohne ausreichend Rücksicht auf regionale soziale und ökologische Gegebenheiten zu nehmen. So werden soziale und ökologische „Landschaften“ verändert und zum Teil sogar zerstört.

Im Falle der Grasberg-Mine in West Papua werden Rohstoffe gegen den Willen der Bevölkerung der Bergbaugebiete gefördert. Mehr noch – die dortige Bevölkerung sei bereits im Jahr 1969 durch die indonesische militärische Besatzung zum „Act of Free Choice“ – also der Zugehörigkeit zu Indonesien – gezwungen worden. Gerade unter den gegebenen politischen Umständen sei aber ihre Einbeziehung in die Planungen wichtig, um Konflikten vorzubeugen, die sich aus ungerechter Entschädigung, der Verschmutzung von Trinkwasser oder der Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen ergeben können.

Die abschließende Diskussion verwies auf die Tatsache, dass diese Problematik auch in rechtmäßigen Nationalstaaten, etwa in Afrika oder Lateinamerika, existiere. Auch dort bauen internationale Bergbau- oder Ölunternehmen häufig im Einvernehmen mit den jeweiligen Regierungen Ressourcen ab, ohne sich um effektive Umwelt- und Sozialvorschriften kümmern zu müssen.

Marie Müller

Publikationen

BICC *brief 40*. Guesnet, Lena, Marie Müller und Jolien Schure, 2009. "Natural resources, crisis and peace in Côte d'Ivoire—examining the cocoa, diamond, gold and oil sectors". *brief 40*. Bonn: BICC (erscheint in Kürze, www.bicc.de)

CIFOR (*Center for International Forestry Research*) und *International Union for Conservation of Nature*, Central and West African Office (IUCN-PACO). Policy Brief. 2009. "Impacts of Artisanal Gold and Diamond Mining on Livelihoods and the Environment in the Sangha Tri-National Park (TNS) Landscape, Congo Basin". September.

http://www.bicc.de/fataltransactions/pdf/sep_2009_iucn-cifor_policy_brief_artisinal_mining_tns_congo_basin.pdf

Briefing Note. Saunders, Richard. 2009. "Conflict diamonds from Zimbabwe". BICC, Fatal Transactions, Oxfam Novib und Zimbabwe Europe Network. September.

http://www.bicc.de/fataltransactions/pdf/briefing_note_conflict_diamonds_from_zimbabwe.pdf

IPIS-Veröffentlichungen:

Report. Custers, Raf, Ken Matthysen. "Africa's natural resources in a global context". 12.08.2009.

Report. Cuvelier, Jeroen, "The impact of the global financial crisis on mining in Katanga". 14.07.2009

Artikel. Custers, Raf. "Le plan STAREC du gouvernement congolais: une analyse préliminaire" 12.08.2009.

Alle unter :

<http://www.ipisresearch.be/natural-resources.php>